



## SIEBEN TAGE, DIE DIE WELT VERÄNDERTEN (TEIL VI)

Nach dem Fall der Mauer hält sich Erich Honeckers Nachfolger Egon Krenz nur ein paar Wochen. Hans Modrow, die neue starke Figur in Ostberlin, gilt als Mann der Bescheidenheit. Doch die Bürgerbewegung lässt sich nicht beschwichtigen – schon gar nicht von einer bloßen Umbenennung der Stasi.

### 15. Januar 1990

# Die Schuld der anderen

Der Sturm auf die Stasi-Zentrale symbolisiert das Ende von Denunziation und Überwachung in der DDR. Die Demonstranten kaperten indes eine Organisation, der die Regierung längst die Rolle des Sündenbocks zugeschrieben hatte.

**M**anch einer hatte die Absicht, eine Mauer zu bauen. Kalk und Steine sollte das Volk mitbringen zum Ministerium für Staatssicherheit (MfS) in Ostberlin. So stand es in einem Flugblatt, mit dem das Neue Forum für den 15. Januar 1990 zu einer „Aktionskundgebung vor dem Stasi-Gebäude Ruschestraße“ aufrief.

Die Bürgerrechtler wollten dort am Nachmittag für die „sofortige Schließung aller Stasi-Einrichtungen“ demonstrieren, inklusive „Hausverbot“ für die Mitarbeiter der Behörde. Eine Forderung, die der Mauerbau am Eingang des MfS-Geländes symbolisch unterstreichen sollte.

Zwei Monate war die neue DDR-Regierung unter Hans Modrow im Amt, ein Monat war vergangen, seit sie beschlossen hatte, die in Amt für Nationale Sicherheit (AfNS) umbenannte Stasi-Truppe aufzulösen. Doch noch immer brannte in der Zentrale des Ministeriums Licht, noch immer schredderten die Geheimdienstmitarbeiter tagelang, nächtelang Akten, um die Belege ihres bisherigen Wirkens zu vernichten.

Hinzu kam: Am Vormittag des 15. Januar hatte die Regierung erstmals offizielle Zahlen präsentiert – über die Dimension jenes Kraken, der das Volk über Jahrzehnte bespitzelt und kontrolliert hatte. Vor den Kameras des DDR-Fernsehens, das die Sitzungen des Zentralen Runden Tisches live übertrug, wurde die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter mit 85.000 beziffert. Denen hätten 109.000 Spitzel als Inoffizielle Mitarbeiter (IM) zur Verfügung gestanden. Die Zahlen waren geschönt und übertrafen

dennoch die schlimmsten Befürchtungen der Bürgerbewegung.

Den rund 100.000 Demonstranten, die sich am Nachmittag des 15. Januar vor dem Haupteingang des Stasi-Komplexes eingefunden hatten, war die Performance mit Mörtel und Mauersteinen des Neuen Forums nicht genug: Am späten Nachmittag gingen die „Mauert die Stasi zu“-Rufe in ein stetig lauter werdendes Gejohle über: „Volkskontrolle! Wir wollen hier rein!“ und „Stasi in den Tagebau!“ Bärbel Bohley, eine der Ikonen der DDR-Opposition, mahnte die aufgeheizte Menge zur Ruhe – und wurde gnadenlos ausgepiffen.

Mehr und mehr Menschen drängten Richtung Eingang, einer massiven Stahlschiebetür. Und weil von hinten ständig neue Demonstranten drückten, gerieten die vordersten Reihen arg in Bedrängnis. Doch bevor Panik aufkommen konnte, öffnete sich um 17.17 Uhr das Tor, und wenig später waren auch die Nebeneingänge in der Normannenstraße offen.

Seit diesem Moment gilt der 15. Januar 1990 als der Tag, an dem das Volk die wichtigste Festung des einst allmächtigen Geheimdienstes schleifte. Das Kapern des rund sieben Hektar großen Komplexes war an Symbolkraft kaum zu überbieten: Menschen, die sich jahrzehntelang nicht getraut hatten, offen oder öffentlich zu reden, ergriffen Besitz vom Herzstück dieses Abhör- und Mithörstaates.

Das Ausmaß an Denunziation und Überwachung konnte sich an diesem Abend wohl keiner der MfS-Stürmer vorstellen.





## Erstürmung der Ostberliner Stasi-Zentrale Letzte Konstante im Unrechtssystem der DDR

Aber eines war von nun an klar: Nach dem Fall des Honecker-Regimes, der Öffnung der Grenze und der Auflösung des Einparteiensystems hatte die friedliche Revolution die letzte große Konstante im Unrechtssystem DDR hinweggefegt.

Der Triumph freilich nährte schon damals Verschwörungstheorien, die bis heute nachhallen und Fragen aufwerfen. Hatten es Demonstranten geschafft, auf die andere Seite zu klettern, und die Tore von innen geöffnet? Oder hatten Stasi-Leute die Erstürmung als „Schmierkomödie“ inszeniert, wie der Bürgerrechtler Wolfgang Templin seinerzeit mutmaßte? Hatten die Konspirationsprofis des MfS auf Chaos, Vandalismus und Plünderungen gehofft, um die bis dahin mit der Parole „keine Gewalt“ so erfolgreiche Opposition in die Defensive drängen zu können?

Der SPIEGEL hat Zeitzeugen befragt, Akten ausgewertet, Filmmaterial gesichtet – und festgestellt, dass der Zufall an jenem Abend eine große Rolle spielte. Denn dass es noch eine dritte Möglichkeit gab, ahnte wohl keiner der Demonstranten, die in das Innere des rund zwei Dutzend Gebäude umfassenden Komplexes strömten.

### Südfrüchte und Lachshälften

Einer von ihnen war der damals 30-jährige Thomas Heise. Mit zwei Freunden war er dem Aufruf des Neuen Forums gefolgt. Angst, dass die Getreuen von Stasi-Chef Erich Mielke auf sie schießen könnten, hatten sie nicht: „Wenn beim Fall der Mauer keiner geschossen hat, dachten wir, dann wird auch hier keiner schießen.“

Als sie im Pulk an Haus 1 vorbeiziehen, dem Ministertrakt, in dem Mielke mehr als 30 Jahre residierte, stellt sich ihnen kein MfS-Mitarbeiter in den Weg, nur ein paar verschreckte Volkspolizisten sind zu sehen.

Wie von einem Magneten gezogen bewegt sich die Masse auf Haus 18 zu. Dort sind die Kantine und ein Supermarkt. In dessen Regalen findet sich alles, was in der von Versorgungsengpässen gebeutelten DDR nicht oder nur höchst selten zu haben ist: Südfrüchte, Lachshälften und Haifischflossensuppe in Dosen.

Ein Kaufhaus des Westens im Allerheiligsten des Ostens: Das treibt den Volkszorn zur Weißglut. Doch alle Versuche, das Einkaufsparadies zu plündern, scheitern. Die Glasfront bekommt zwar Risse, als Demonstranten sie mit Stühlen und Feuerlöschern traktieren, aber sie hält.

Und so zieht die Masse weiter zum Frieseursalon des Ministeriums. Demolierte Trockenhauben, Schmierereien mit Schaumfestiger und herausgerissene Waschbecken künden vom Furor der Demonstranten. Im

Stasi-Sozialgebäude finden sich alle Vorurteile des Volkes bestätigt: Wasser predigen und Wein saufen.

Im weiteren Verlauf des Abends fliegen gerahmte Honecker-Porträts aus Fenstern, werden Türen eingetreten und vereinzelt Büros verwüstet. Auch der MfS-Buchladen wird erobert, Bücher gehen vom Volkseigentum ins Eigentum des Volkes über.

Im Großen und Ganzen aber verhalten sich die Stasi-Stürmer gesittet. Die Räumlichkeiten der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) etwa bleiben unberührt. Ein Pappschild am Eingang mit der Aufschrift „Auslandsnachrichtendienst der DDR“ genügt, um Eindringlinge fernzuhalten.

Diese Zurückhaltung und der lemmingartige Zug der Massen Richtung Konsumtempel dienen Autoren wie der Publizistin Anne Worst bis heute als Beleg für die „Inszenierung“ des Sturms durch die Stasi selbst. Mit-Stürmer Heise, der heute als Fernsehjournalist für SPIEGEL TV arbeitet, hält diese These für „blanken Unsinn“.

„Der Versorgungstrakt sah einfach schicker aus als die anderen Gebäude. Er hatte

bronzefarbene Scheiben, genau wie das Berliner Palasthotel, das in der DDR als Inbegriff von Luxus galt. Er sah für uns Ossis schlicht nach Westen aus. Deswegen sind wir da hin“, erinnert sich Heise.

Doch nicht alle sind vom Glanz bronzenener Scheiben geblendet. Ein kleiner Trupp hastet zielstrebig über die Fußgängerbrücke, die den Sozialtrakt mit dem sogenannten Haus 2 verbindet. Hier sitzt die Stasi-Hauptabteilung (HA) II, zuständig für Spionageabwehr.

Schon seit Wochen ist dort die Stimmung im Keller. Nicht nur weil bereits viele Kreisdienststellen und Bezirksverwaltungen des MfS von Bürgerbewegten gestürmt oder besetzt wurden, sondern auch weil die Offiziere seit Anfang Dezember regelmäßig Telefonanrufe des Klassenfeindes erdulden müssen.

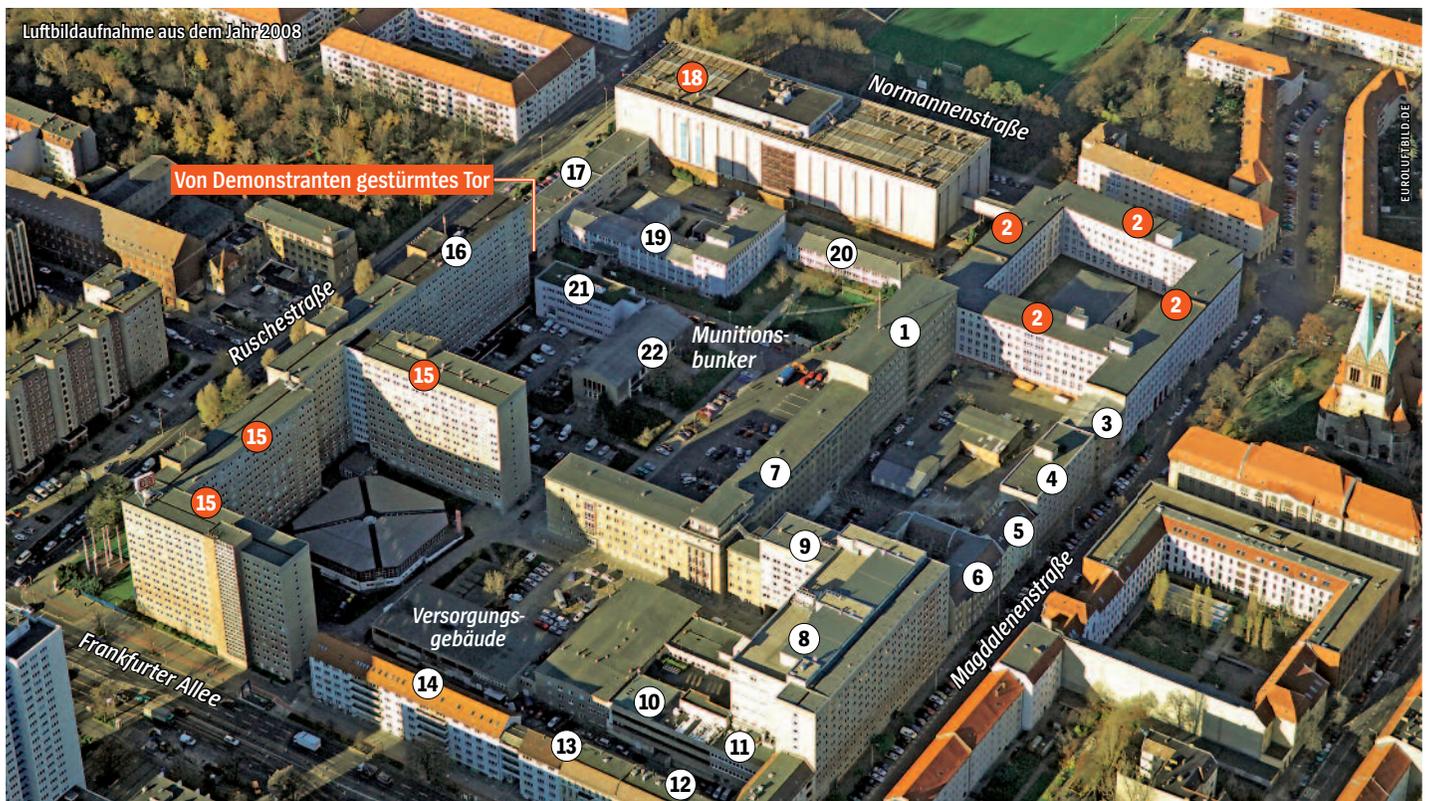
Die Kollegen vom Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, die 40 Jahre lang zu den Verlierern im Krieg der Spione gehörten, machen Avancen: Eine Million D-Mark für jeden Überläufer, lautet ihr Angebot. Bei 30 Stasi-Leuten versuchen sie

es in jenen Tagen mit Post an die Privatadresse. Je nach Dienstgrad liegen 100 bis 1000 D-Mark mit im Umschlag. Eine Art Vorschuss – zum Anfüttern.

Wie der gegnerische Dienst an die geheimen Telefonnummern des Lagezentrums und die Privatadressen der Mitarbeiter gekommen ist, steht für die Offiziere außer Frage. Rainer Wiegand, Leiter der Arbeitsgruppe Ausländer HA II, hatte sich im Dezember in den Westen abgesetzt und sein Wissen bei Bundesnachrichtendienst und Verfassungsschutz versilbert.

Auch am Nachmittag des 15. Januar ruhen die Kölner Schlapphüte gegen 15.30 Uhr wieder an. Sie fragen freundlich, wie es so gehe und ob schon etwas Besonderes los sei. Ob die Verfassungsschützer die seit Tagen angekündigte Demonstration meinen oder jene Ereignisse, die sich Stunden später auf den Fluren der Spionageabwehr abspielen werden, bleibt unklar.

Sicher ist: Die Männer, die über die Brücke kommen, wissen genau, wohin sie wollen. Sie rufen sich Zimmernummern zu, offenbar verfügen sie über einen genauen



**Zentrale des Schreckens** Das ehemalige Stasi-Areal in Ostberlin

● Gebäude, die in der Geschichte erwähnt werden

- |  |   |  |   |
|--|---|--|---|
| ① Leitung des Ministeriums                     | ⑤ HA II – Spionageabwehr  | ⑫ Zentrale Koordinierungsgruppe (Übersiedlungen und Ausreisen) | ⑰ Anmeldung, Zentrale Arbeitsgruppe Geheimnisschutz |
| ② Hauptabteilung (HA) II Spionageabwehr        | ⑦ Überwachung von Organisationen und oppositionellen Bewegungen                                       | ⑩ Verwaltung, rückwärtige Dienste                              | ⑱ Sozialgebäude                                     |
| ③ Zentraler Operativstab                       | ⑧ Zentralregistratur, Aktenverwaltung, zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Datenspeicherung | ⑬ Sicherung der Wirtschaft                                     | ⑲ Poliklinik  |
| ④ Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe |   | ⑮ Hauptverwaltung Aufklärung                                   | ⑳ Wachmannschaften                                  |
| ⑥  |   | ⑯ Kreisleitung der SED, FDJ                                    | ㉑ Kantine für Führungskräfte                        |

Plan der Örtlichkeiten und brechen gezielt Büros auf. Am nächsten Tag fehlen Unterlagen über dem MfS bekannte US-Agenten in der DDR und russische Geheimdienstler in Ostberlin, für deren Schutz die HA II ebenfalls zuständig ist.

Die meisten Panzerschränke aber sind leer wie der des Majors Martin Winter\* aus der HA-II-Führung – die vergangenen Wochen hat er überwiegend mit der Vernichtung von Unterlagen verbracht.

Seit Bürgerrechtler und Staatsanwälte Anfang Dezember landesweit Akten in Stasi-Dienststellen gesichert und versiegelt haben, ist auch in der Spionageabwehr klar, dass ihre Bestände – und damit ihre Quellen – nicht mehr sicher sind. Ein Alptraum für jeden Geheimdienstler.

„Wir hatten die Situation völlig falsch eingeschätzt und gedacht, dass sich die Bürgerbewegten nicht für Spionageabwehr interessieren. Als es dann eng wurde, fehlten Schredder-Kapazitäten“, so Winter, der heute für ein renommiertes Sicherheitsunternehmen arbeitet. „Viele Kollegen haben deshalb ihre Akten mit nach Hause geschleppt und in den Feuertonnen ihrer Datschen verbrannt.“

Wie groß die Verunsicherung war, haben die ehemaligen Stasi-Generäle Gerhard Niebling und Wolfgang Schwanitz 2002 in einem Buchbeitrag geschildert. „Die Hilf- und Sprachlosigkeit der politischen Führung der DDR auf die Leitung des MfS“ sei verheerend gewesen. Die Parole vom MfS „als Schild und Schwert der Partei“ beschrieb nicht nur, wer Koch und wer Kellner war, sondern prägte auch das Selbstverständnis der Truppe als Dienstleister und Prätorianergarde der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED).

Und dann das: „Die Beschlüsse und Weisungen ebendieser Führung, die jahrzehntelang die Handlungsgrundlage des MfS gewesen waren, blieben jetzt aus. Ihr Fehlen – deutliches Indiz für den Verlust der führenden Rolle der SED und den Zustand ihrer Politik- und Regierungsunfähigkeit – führte auch zu wachsender Führungslosigkeit im MfS/AfNS“, analysieren Niebling und Schwanitz.

Der legendäre Auftritt vom kurz zuvor abgelösten Stasi-Chef Erich Mielke vor der DDR-Volkstammer am 13. November tat ein Übriges. Auf den Zwischenruf eines Blockparteien-Abgeordneten, er möge die Anwesenden nicht mit „Genossen“ anreden, schließlich seien nicht alle im Saal Genossen, stammelte der 81-Jährige: „Ich liebe – Ich liebe doch alle – alle Menschen – Na ich liebe doch – Ich setze mich doch dafür ein.“ Das begleitende Gelächter der Abgeordneten sorgte in den Reihen des MfS für tiefste Depressionen. Mielkes vom Fernsehen übertragenes Gejammer machte



Einheitssozialisten Modrow, Gysi, Berghofer 1989: Aktenvernichtung fortgesetzt

das gefürchtete Ministerium mit wenigen Sätzen zum Gespött.

Von einer solchen Führung war keine Antwort auf die Kernfrage vieler MfS-Mitarbeiter zu erwarten: Sollte sich die Stasi mitwenden und einer neuen DDR-Führung – wie immer die aussehen mochte – dienen? Oder sollte sie versuchen, den politischen Prozess mit bewährten Mitteln wie Unterwanderung und Zersetzung zu beeinflussen?

Was in den Wirren dieser Tage kaum einer realisierte: Die Frage war überholt. Die Reformer in der SED hatten sich offenbar entschlossen, die Stasi für ihr eigenes Überleben zu opfern.

### Gesucht wird: ein Schuldiger

Aus Sicht der Genossen ist Mitte November Alarmstufe Rot. Die Absetzung Honeckers hatte die Bevölkerung ebenso wenig besänftigt wie die Dialogstrategie des neuen SED-Generalsekretärs Egon Krenz. Wer gehofft hatte, die SED könne mehr oder minder untergehakt mit der Opposition Reformen vorantreiben, war von der Großdemonstration auf dem Berliner Alexanderplatz am 4. November eines Besseren belehrt worden. Die Vertreter des Regimes wurden dort niedergepöfeln.

Auch nach dem Fall der Mauer am 9. November ließ die Dynamik der Bürgerbewegung nicht nach. Am 18. November startete Hans Modrow den nächsten Versuch, die Gemüter zu beruhigen: mit einer sogenannten Allparteienregierung.

Dabei war schon der Begriff ein Schlag ins Gesicht der Opposition. Denn vertreten waren lediglich die Blockparteien, die sich nur marginal aus der Umklammerung der SED gelöst hatten. Neue Parteien, wie die Anfang Oktober gegründete Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) oder parteiähnliche Gruppen wie das Neue Forum, blieben außen vor.

Immerhin: Modrow, ehemals 1. Bezirkssekretär der SED in Dresden, war eine Art Gegenentwurf zu den selbtherrlichen

Bonzen der Honecker-Ära. Er wohnte in einem Plattenbau und lehnte Privilegien vom Westauto bis zum Jagdrecht in abgesperrten Waldgebieten ab. Für viele galt Modrow als Edelkommunist, wie er im real existierenden Sozialismus sonst nur in Propagandaschnulzen vorkam.

Noch mehr Kredit beim Volk hatte Wolfgang Berghofer, der SED-Oberbürgermeister von Dresden, Spitzname: „Bergatschow“. Erworben hatte er ihn durch seine Gespräche mit der oppositionellen „Gruppe der 20“ in den Oktoberwochen rund um den 40. Jahrestag der DDR-Gründung.

Gemeinsam mit einem damals noch weitgehend unbekanntem Anwalt namens Gregor Gysi und dem legendären Ex-Spionagechef der DDR Markus Wolf bildeten sie den Kern eines Teams, das zumindest die SED vor dem Untergang bewahren wollte.

Welche Strategie diesem Plan zugrunde lag, hat Berghofer dem Soziologen Manfred Wilke in einem Interview für das „Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2007“ geschildert. In einem Krisentreffen am Morgen des 3. Dezember habe Modrow gesagt: „Genossen, wenn wir die Partei retten wollen, brauchen wir Schuldige.“ Auf die Frage, wen er denn meine, habe Modrow geantwortet: „Das Ministerium für Staatssicherheit.“ Daraufhin habe sich Markus Wolf sichtlich erregt eingeschaltet: „Hans, wir – Schild und Schwert der Partei – haben doch nie etwas ohne Befehle von euch gemacht.“ Modrow: „Die Aufklärung des MfS (*den einst von Wolf geleiteten Auslandsgeheimdienst* –Red.) halten wir selbstverständlich aus dieser Einschätzung heraus.“ Nach Berghofers Darstellung habe sich Wolf damit zufriedengegeben.

Doch Modrows Sündenbocksuade sei, so Berghofer, damit noch nicht zu Ende gewesen. Man brauche „natürlich auch eine hauptverantwortliche Person“ für die wirtschaftliche Misere der DDR. Das könne „nicht Honecker sein, denn der steht

\* Name von der Redaktion geändert.

für die Partei“. Modrows Vorschlag sei Alexander Schalck-Golodkowski gewesen. Der DDR-Devisenbeschaffer, im Nebenberuf MfS-Offizier im besonderen Einsatz (OibE), sei jemand, „bei dem das Volk sagt, der hat auf unsere Kosten gelebt“.

Berghofers Fazit: Dieser Schachzug von Modrow zur Rettung der SED erwies sich als genial, weil er funktioniert habe und bis heute funktioniere. „Die eigentlichen Machtstrukturen sind alle aus dem Bewusstsein verschwunden, niemand kennt sie mehr.“

Modrow wies die Schilderung seines ehemaligen Weggefährten als „Räuberpistole“ zurück. Gysi wehrte sich juristisch mit Erfolg gegen den erweckten Eindruck, bei dem Treffen dabei gewesen zu sein.

Plausibel erscheint Berghofers Version durchaus. So flüchtete Schalck-Golodkowski in der Nacht vom 2. auf den 3. Dezember nach Westberlin und stellte sich wenig später den bundesdeutschen Behörden. Dabei gab er an, er habe Angst vor Repressalien in der DDR, weil ihn die Regierung zum Sündenbock für das wirtschaftliche Elend im Land machen wolle.

Auffällig auch: ein Radiobeitrag, den der Berliner Rundfunk am Morgen des 4. Dezember ausstrahlte. Darin bestätigte ein Stasi-Mann, angeblich von seinem Gewissen getrieben, was längst alle ahnten. Dass in den Geheimdienstgebäuden Akten vernichtet wurden: „Ich habe gesehen, dass mein direkter Leiter die Unterlagen genommen hat, damit ins Heizhaus gegangen ist und dass im Umkreis des Heizhauses verbrannte Papierschnipsel liegen.“

Wer immer das Interview, in dem ein Agent gegen alle Regeln seines Berufsstands verstieß, ins Programm gehoben hatte: Er muss einkalkuliert haben, was es auslösen konnte. Der Politologe Walter Süß hat sich in einer grundlegenden Arbeit der „Staatssicherheit am Ende“ gewidmet. Für ihn ist klar: Wer die Aktenvernichtung stoppen wollte, musste „in die Gebäude der Staatssicherheit hineinkommen“ – was noch kein Demonstrant gewagt hatte.

Doch nur wenige Stunden nach dem Radiobeitrag geschah genau dies. In mehreren Städten des Landes kaperten Bürgerrechtler die MfS-Dependancen. Aus revolutionärem Reflex? Oder als weiteren Zug im Sündenbockspiel der gegen ihren Untergang kämpfenden SED?

Christian Booß, Projektkoordinator in der Forschungsabteilung der Stasi-Unterlagenbehörde, hat schon 2009 darauf hingewiesen, dass es am 4. Dezember „Kontakte von Spitzenleuten des Neuen Forum mit Gysi und Wolf gegeben“ habe.

Grund waren Befürchtungen, dass es, nach dem Radio-Interview, bei der Montagsdemonstration in Leipzig zu gewaltsamen Zwischenfällen kommen könnte. Denn erstens führte der Protestzug direkt am Gebäude der Stasi-Bezirksverwaltung



**Ehemaliger Stasi-Chef Mielke\***  
„Ich liebe doch alle“



**Demonstranten in der Stasi-Zentrale**  
Revolutionärer Reflex?



**DDR-Devisenbeschaffer Schalck-Golodkowski\***  
„Auf unsere Kosten gelebt“

vorbei, und zweitens war es bereits am Morgen zu spontanen Blockaden von Stasi-Dienststellen in Rathenow und Erfurt gekommen.

Mittags telefoniert Bärbel Bohley mit den Mitkämpfern vom Neuen Forum in Leipzig. Sie habe mit Gysi gesprochen, der ihr gesagt habe, dass Modrow die Aktenvernichtung stoppen wolle und eine Delegation der Bürgerbewegung die Leipziger Stasi-Filiale inspizieren dürfe. Allerdings, so Bohley, habe Gysi sie eindringlich gebeten, dafür zu sorgen, dass die Montagsdemonstration nicht aus dem Ruder laufe. Sonst hätten sie „morgen in der DDR eine ganz andere Regierung“.

In Leipzig bleibt es ruhig, verdächtig ruhig. Die „Aktuelle Kamera“, Hauptnachricht-

sendung des DDR-Fernsehens, berichtet über die Ereignisse, als ob es Bürgerrechtlern und SED-Reformern im Schulterschluss mit der Volkspolizei gelungen sei, die Stasi in die Schranken zu weisen. Und Generalstaatsanwalt Günter Wendland verkündet am selben Tag, dass Aktenvernichtungen strafbar seien.

Von nun an haben Volkspolizei und Staatsanwaltschaften eine rechtliche Grundlage, um nach Anzeigen von Bürgern in MfS-Dienststellen vorstellig zu werden. Sicherheitspartnerschaft nennt die Modrow-SED dieses Konzept. Wie von Geisterhand macht es aus jenen, die Wochen zuvor bei den Feiern zum 40. Jahrestag der DDR, Demonstranten verprügeln, inhaftieren und anklagen ließen, Freunde und Helfer der friedlichen Revolution.

Dass es der SED nicht im Ernst darum ging, MfS-Akten für die Nachwelt zu sichern, zeigt die Tatsache, dass die Regierung Modrow schon am 7. Dezember klammheimlich beschloss, die Aktenvernichtung fortzusetzen.

Es war ein dünnes Seil, auf dem die SED-Retter in diesen Tagen balancierten. So praktisch die Stasi als Sündenbock für die Partei war, gänzlich fallen lassen oder zu sehr brüskieren konnten die Verantwortlichen die Geheimen auch nicht. Denn die fast 100 000 Stasi-Mitarbeiter waren zum großen Teil auch Genossen, Fleisch vom Fleisch der SED. Hinzu kam, dass „das Erpressungspotential des MfS“, wie Berghofer im Interview mit Wilke betonte, „unendlich war“. Viele Reformer waren durch Stasi-Akten diskreditierbar.

Und ganz ohne Geheimdienst war auch eine modernisierte, unabhängige und sozialistische DDR, wie sie die Reformer anstrebten, nicht vorstellbar. Die in Amt für Nationale Sicherheit umgetaufte Stasi musste, so der Plan, stark abspecken und alle Kreisdienststellen aufgeben. Auch ein neuer Name für die Behörde war schnell gefunden: Verfassungsschutz. Eine Bezeichnung, die Vertrauen wecken sollte, weil die Konkurrenz in der Bundesrepublik genauso hieß.

In einem Punkt aber sollte der neue Dienst schon ein wenig wie der alte sein: Die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern sollte fortgesetzt werden – gegen neu zu definierende Feinde, die ebenso schnell wie routiniert gefunden waren.

### Wer beschmierte das Ehrenmal?

Am 7. Dezember tagt erstmals der Zentrale Runde Tisch, jene Institution, die bis zu den ersten freien Volkskammerwahlen im März 1990 die Geschicke des Landes entscheidend bestimmen wird. Unter dem Patronat der Kirchen treffen sich in einer evangelischen Tagungsstätte Vertreter der Bürgerbewegung mit Abgesandten der DDR-Gewerkschaft FDGB, der SED und

\* Oben: bei der Rede vor der Volkskammer am 13. November 1989; unten: 1985.

ihrer ehemaligen Blockpartei-Satelliten.

Gleich am ersten Tag machen die 33 stimmberechtigten Teilnehmer (16 von SED, FDGB und Blockparteien, 17 aus Bürgerrechtsgruppen und neuen Parteien) Nägel mit Köpfen. Neben der Forderung nach freien Wahlen im Frühjahr empfehlen sie der Regierung Modrow, die Stasi-Nachfolgegruppe AfNS umgehend „unter ziviler Kontrolle aufzulösen“. Die SED stimmt – ganz im Sinne der Sündenbockstrategie – dem Ansinnen zu.

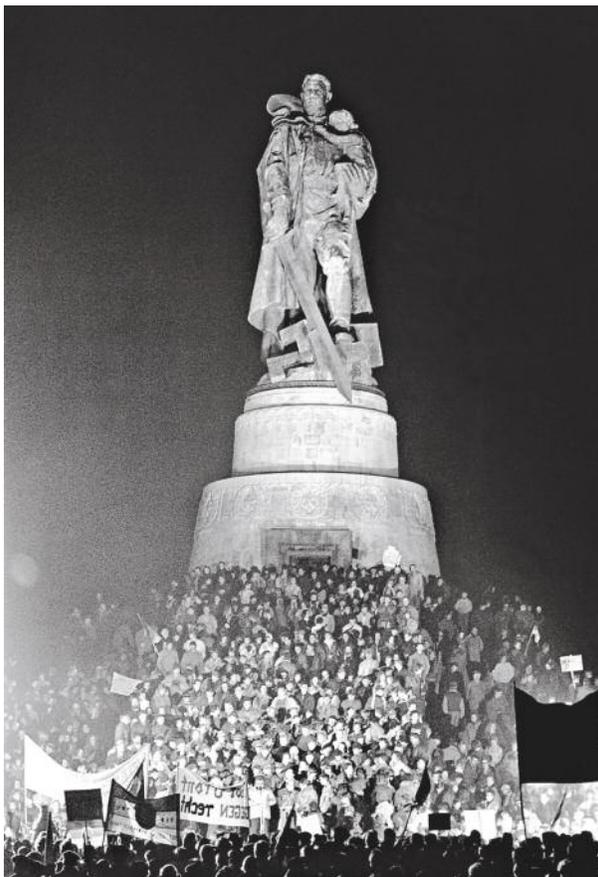
In der Nacht vom 27. auf den 28. Dezember passiert dann etwas, das für die Einheitssozialisten wie ein Geschenk des Himmels ist, womöglich aber von irdischen Kräften inszeniert wurde: Das sowjetische Ehrenmal in Berlin-Treptow, ein aus den Trümmern von Hitlers Reichskanzlei errichtetes Kriegsgräber- und Denkmalensemble, beschmiern Unbekannte mit rechtsradikalen und antisowjetischen Sprüchen.

In einer konzertierten Aktion mit den DDR-Medien blasen die mittlerweile in SED-PDS umbenannten Einheitssozialisten den Vorfall zur Staatsaffäre auf. Eine „faschistische Hydra“ sieht Kurt Höfer vom Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer am Werk. Modrow plädiert für die sofortige Gründung eines schlagkräftigen Verfassungsschutzes. „Ein Amt muß sofort her“, sekundiert die FDJ-Zeitung *Junge Welt*, „denn die Jungs von der Firma ... forschten auch rechts außen.“ Das DDR-Fernsehen zeigt Aktenordner in Stasi-Büros, auf denen in eigener Schreibweise „Skinheads“ steht.

Selten kam eine Gefahr so gelegen wie die plötzliche Wiedergeburt des Neonazismus in der DDR.

Am 3. Januar 1990 marschieren die Genossen zum ersten Mal seit der Wende wieder mit erhobenem Haupt in der Öffentlichkeit. 250 000 sind dem Aufruf der Partei zur Kundgebung am Treptower Ehrenmal gefolgt. „Unser Land ist in Gefahr, und zwar von rechts“, ruft Gregor Gysi den Massen zu. „Wie wollen wir demokratisch wählen, wenn die Neonazis alle Freiräume besetzen?“ Zunächst langsam und leise, dann immer lauter geht die Saat seiner demagogischen Worte auf. „Verfassungsschutz! Verfassungsschutz“, skandiert die Menge.

Doch passten die gestelzten Parolen wirklich zu Rechtsextremen? Schreibt ein Neonazi: „Nationalismus für ein Europa freier Völker“ oder „Sprengt das letzte Völkergefängnis, sprengt die UdSSR“? Manch gespraytes A war von einem Kreis umrahmt – dem Symbol der Anarchisten,



**Proteste gegen Denkmalschändung\***  
Plötzliche Wiedergeburt des Neonazismus in der DDR

die zu neonazistischen Umtrieben gemeinhin Distanz wahren.

Skinheads, die ein Team von SPIEGEL TV damals in der Ostberliner Plattenbausiedlung Marzahn interviewte, wiesen jeden Tatverdacht zurück: „Ein Rechtsradikaler schreibt nicht dran: ‚Sprengt das Völkergefängnis UdSSR‘. Der schreibt: ‚Tötet die Russen, vergast sie‘.“

Auch wenn alle Indizien auf eine inszenierte Aktion SED-naher Kräfte deuteten, ein Beweis für deren Urheberchaft wurde nie erbracht. Dem Neuen Forum und anderen Oppositionsgruppen reichte jedoch der Verdacht, um die Bemühungen der SED-PDS, einen Verfassungsschutz flott zu gründen, ins Leere laufen zu lassen.

Am 8. Januar zogen sie sich aus Protest gegen Modrow sogar vom Runden Tisch zurück. Auch die ehemaligen Blockparteien schlossen sich der Forderung der Bürgerbewegung an, die Entscheidung über einen Verfassungsschutz erst nach den Wahlen zu fällen. Daraufhin zog Modrow in der Volkskammersitzung am 12. Januar seine Pläne zu einem neuen Geheimdienst zurück.

Dass die Demonstranten dennoch am 15. Januar zur MfS-Zentrale zogen, lag zum einen daran, dass der Aufruf des Neuen Forums vom 8. Januar stammte, als die Lage noch eine andere war. Zum anderen hatte das Volk in den vergangenen Monaten gelernt, Ankündigungen von SED-Po-

\* Am 3. Januar 1990 vor dem sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow.

litikern zu misstrauen. Denn während in den Bezirken die Stasi-Dependancen schon weitgehend dichtgemacht hatten, wuchs unter Bürgerrechtlern der Groll über die noch immer arbeitsfähige Zentrale in Ostberlin. Am 14. Januar einigten sich die regionalen Bürgerkomitees bei ihrem Treffen in der Hauptstadt auf eine „Stellungnahme“, die am nächsten Tag dem Runden Tisch unterbreitet werden sollte.

Darin heißt es: Nach dem in den Bezirken bewährten Muster zur Auflösung des MfS solle „per 15.1.“ mit der „Sicherstellung des Zentralen Amtes“ begonnen werden. Zwischen Volkspolizei und Neuem Forum sei vereinbart, „die personelle Räumung des Objektes bis 15 Uhr sowie die technische Sicherstellung des Objektes zu übernehmen“.

Und so klingelt am Vormittag des 15. Januar ein kleiner Trupp von Vertretern der Bürgerkomitees am Haupttor des Ministeriums und wird eingelassen. Der Großteil der Belegschaft ist von den Offizieren nach Hause geschickt worden; Vertreter der Militärstaatsanwaltschaft und der Volkspolizei sind vor Ort.

Einer geordneten Übergabe steht nichts im Weg – außer den Demonstranten, die ab 15.30 Uhr anrücken und nicht ahnen, dass die Opposition bereits im Hause ist.

Ab 17 Uhr ist das Gedränge vor dem Tor so bedrohlich, dass die Bürgervertreter der Bezirke befürchten, Menschen könnten zu Schaden kommen. Der katholische Pfarrer, der sich als Vertreter des Bürgerkomitees Suhl in der MfS-Zentrale aufhält, weist deshalb einen Volkspolizisten an, das Tor zu öffnen. „Wir wollen keine Gewalt und schon gar keine Toten.“

So nehmen die Dinge den bekannt revolutionären Verlauf. Für Mythen und Legenden bleibt da kein Raum. Generalmajor Heinz Engelhardt, dem letzten Kommandeur der Stasi, war das schon am 15. Januar klar.

Er hatte die Stunden des Sturms dösend in seinem Büro verbracht. Als ein SPIEGEL-TV-Team ihn spät am Abend dort aufstöberte, bat er höflich um einen Moment Geduld, richtete seine Krawatte und stellte sich vor: „Ich bin hier sozusagen der Konkursverwalter.“ Dann offerierte er einen Wodka.

Gunther Latsch

**Im nächsten Heft:**

**18. März 1990**

Bei den ersten demokratischen Wahlen für die Volkskammer entscheiden sich die Bürger mehrheitlich für die CDU – und gegen eine Reform der DDR.